

Ein folgenreicher Plan nimmt Gestalt an

Nato-Einsatz verwandelt den Nahen Osten in ein einziges Schlachtfeld

Am 20. Januar kündigte US-Präsident Bush in seiner Rede zur „Lage der Nation“ unter anderem „eine vorwärts gerichtete Strategie des Friedens für den Nahen und Mittleren Osten“ an.¹ Innerhalb weniger Tage verdichtete sich diese vage Ankündigung zu dem Szenario eines gewaltigen, den ganzen Nahen und Mittleren Osten umfassenden Schlachtplanes, in dessen Mittelpunkt die Nato rückt.

Am 24.1. veröffentlichte die *Frankfurter Allgemeine* eine Meldung, derzufolge Chuck Hagel, republikanischer Senator und einer der exponiertesten Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, die Nato auffordert, „mit der Planung für eine Rolle im israelisch-palästinensischen Konflikt“ zu beginnen. Obwohl die Zeit für konkrete Entscheidungen noch nicht gekommen sei, müsse sich das Bündnis darauf vorbereiten, dass Nato-Truppen die „Geburt eines palästinensischen Staates“ absichern und überwachen sollten.²

Dass es sich nicht um die Wichtigkeit eines letztlich unmaßgeblichen US-Senators handelt, sondern um die Vorbereitung durchaus konkreter Entscheidungen, geht aus zwei Artikeln hervor, die die *Financial Times* Deutschland zwei Tage zuvor veröffentlichte.³ Unter Berufung auf Diplomaten am Nato-Hauptquartier in Brüssel berichtet das Blatt, die USA seien entschlossen, die Nato nicht nur in Irak, sondern im ganzen Nahen und Mittleren Osten einzusetzen. Schon zum nächsten Nato-Gipfel in Istanbul im Mai hätten die USA und die Türkei mindestens sechs Mittelmeerstaaten eingeladen. Die Rede ist von Marokko, Mauretanien, Tunesien, Ägypten, Israel (nicht genannt, obwohl wahrscheinlich eingeladen: Jordanien) sowie gegebenenfalls Katar und anderen Golfstaaten.

In Istanbul wird die Nato-Osterweiterung mit dem Beitritt von weiteren sieben Staaten⁴ im Wesentlichen abgeschlossen. „Die dann auf 26 Mitglieder erweiterte Militärorganisation würde als Konsequenz und in einer geostrategischen Neuorientierung versuchen, ihre Einflussphäre über den Nahen Osten bis hin nach Afghanistan auszuweiten“, kommentiert die *Financial Times*.

„Geostrategische Neuorientierung“ lange vorbereitet, aber ...

Sicher, die „geostrategische Neuorientierung“ reicht länger zurück. Bereits 1994, drei Jahre nach dem letzten Golfkrieg, hatte die Nato eine „Mittelmeer-Initiative“ ins Leben gerufen und einen

„Dialog“ etabliert. In dem Maße, in dem sie ihren neuen Einflussbereich Osteuropa festigten, wandten sich die Hauptmächte der Nato der das Mittelmeer umspannenden Region zu. Dabei handelt es sich um eine Region mit gewaltigen Erdölvorkommen, in der je nach Zurechnung zwischen 350 und 700 Mio. Menschen leben, und die drei Kontinente verbindet, eine Drehscheibe wichtiger Handelswege zwischen den Ländern Europas, Nordafrikas, Westasiens und des Fernen Ostens.⁵ Seither befassen sich die Nato-Oberbefehlshaber Saceur und Saclant zunehmend mit der Ausarbeitung von Risikoszenarien und der Planung von „Krisenmanagement“, angefangen von friedenserhaltenden Militäreinsätzen, regionalen Artikel-5-Optionen⁶ sowie von Militäreinsätzen unterhalb der Artikel-5-Schwelle, z.B. „Abschreckungsoperationen“ gegenüber Staaten mit Massenvernichtungswaffen etc.

Auch für die EU ist der Mittelmeerraum spätestens seit Mitte der 90er Jahren verstärkt ins Blickfeld gerückt. Schon 1992 hatte die WEU eine Mittelmeer-Initiative ergriffen und einen „sicherheitspolitischen Dialog“ mit Mauretanien, Marokko, Tunesien und später mit Ägypten und Israel aufgenommen. 1995 leitete die EU den sog. Barcelona-Prozess ein, eine „euro-mediterrane Partnerschaft“, die durch Förderung des Freihandels, Förderung politischer Reformen und „sicherheitspolitische“ Zusammenarbeit „im Mittelmeerraum eine Zone der Stabilität und der Prosperität schaffen“ soll, so ist auf der Website des Auswärtigen Amtes zu lesen. Beteiligt sind neben der EU elf Anrainerstaaten des südlichen und östlichen Mittelmeers sowie die palästinensische Autonomiebehörde. Erst jüngst betonte EU-Kommissar Patten die „enorme geostrategische Bedeutung“, die das „Südufer des Mittelmeers“ für die EU habe.⁷ Zwischen 2000 und 2006 versucht die EU dessen Entwicklung mit 5 Mrd. Euro direkter Hilfen sowie mit Krediten in Höhe von mehr als 6 Mrd. Euro zu beeinflussen. Für die EU-Länder steht nicht zuletzt im Vordergrund, die Wanderungsbewegungen aus der Region in die EU zu unterbinden. Allerdings wird allenthalben berichtet, dass der Barcelona-Prozess immer wieder an den Auswirkungen des palästinensisch-israel-

lischen Konflikts aufläuft.

Die *Financial Times* sieht in der strategischen Neuausrichtung der Nato die „große Chance, die unterschiedlichen Schwerpunkte und Fähigkeiten der Bündnispartner zu bündeln und an den neuen sicherheitspolitischen Anforderungen auszurichten. (...) Die Amerikaner haben sich dort (im Mittleren Osten – Verf.) zuletzt vor allem auf sich selbst und ihre unbestrittene militärische Stärke verlassen. Die Europäer haben dagegen vor allem die Notwendigkeit ‚weicher‘ Strategien betont: diplomatisches Engagement, humanitäre Hilfen, Unterstützung beim Aufbau neuer ziviler und staatlicher Strukturen. Beide Ansätze schließen sich jedoch nicht aus, sondern können sich sehr erfolgreich ergänzen, wie sich etwa in Afghanistan oder in den Verhandlungen über das Nuklearprogramm Irans gezeigt hat. Für Amerikaner wie Europäer wäre es sinnvoll, dieses Zusammenspiel unter dem Dach der Nato zu institutionalisieren. Für Europa ist dies wahrscheinlich sogar der erfolgversprechendste Weg, nichtmilitärischen Ansätzen mehr Gewicht zu verleihen.“⁸

... aber akut geht es um die Erweiterung des Schlachtfeldes

Diese Interpretation lässt jedoch Entscheidendes außer Acht. Die Vorstöße der Nato Aufgaben im Nahen Osten zuzuweisen, mögen lange geplant sein und im Zusammenhang der Gesamtstrategie zur Neuordnung der Region zwischen Indien, Zentralasien, Golf und dem Mittelmeer stehen. Aber diese Pläne sind über den Haufen geworfen.

Mit dem Krieg gegen den Irak hatten sich die USA eine Perspektive für den Versuch einer politischen Neuordnung des Mittleren Ostens zu eröffnen geglaubt. Eine überlegene Militärmacht sollte das Regime Saddam Husseins



Die Strategie der USA ist im Irak nicht aufgegangen.

niederwerfen, der militärische Erfolg eine Modernisierung des Irak nach westlichem Vorbild in die Wege leiten und damit einen Modernisierungsschub in der ganzen Region auslösen. „Ein ‚Modell Irak‘ ... sollte auch ein Beispiel für Demokratisierung und Liberalisierung der arabischen Welt wie im Osten des Iran geben,“ beschreibt Lothar Rühle, Staatssekretär a.D. die mit dem Irak-Krieg verbundenen Erwartungen.⁹ „Die Golfregion würde auf diese Weise zu einer Stabilitätszone auf der Basis demokratischer Entwicklung bei weiterer Öffnung nach Westen und enger Verbindung zu Amerika werden. (...) Die verbündete Türkei würde als regionaler Stabilitätsanker und strategischer Partner der USA als Interventionsbasis an der Kontrolle des Mittleren Ostens beteiligt, sodass US-Militärpräsenz nicht überwiegend auf arabischen Boden abgestützt werden müsste. Demokratische Regierungen oder jedenfalls solche in einem Transformationsprozess ihrer Länder in Richtung auf demokratische Verhältnisse würden zuverlässigere Partner sein. (...) Mit der Verlegung des Schwerpunkts der US-Militärpräsenz am Golf aus Saudi-Arabien nach Kuwait, Katar und in andere kleine Küstenstaaten, die schon vor dem Kriegsbeginn vollzogen war, würde es möglich, künftig die Golfküsten von See her, aber auf die Küste abgestützt, militärisch zu kontrollieren.“ Ein solches Konzept hätte durch die Ausweitung der Nato-„Partnerschaft für den Frieden“ auf den Mittelmeer und die Golfregion, die laut *Financial Times* „Kernstück“ der US-Pläne für die Rolle der Nato im Mittleren Osten ist, ergänzt „Krisenmanagement“, „Abschreckungsoperationen“ oder „friedenserhaltende Maßnahmen“, abgestützt werden können. Die USA und die EU hätten die Region dominieren können, ohne sie militärisch unterwerfen und besetzen zu müssen.

Aber dieses Konzept lässt sich nicht mehr umsetzen, und deshalb gewinnen die skizzierten Pläne einen noch einmal ganz anderen Charakter. Denn die USA sind mit ihrer Strategie im Irak gescheitert. Zwar wurde Saddam Hussein geschlagen, aber der militärische Erfolg hat keinen Modernisierungsschub ausgelöst, sondern Chaos, bürgerkriegsähnliche Zustände und einen zermürbenden, verlustreichen Guerillakrieg gegen die Besatzungstruppen, der auch nach der Gefangennahme Saddam Husseins nicht nachlässt. Ein Rückzug aus dem Irak bedeutete für die USA eine schwere, kaum hinnehmbare Niederlage. In einem internen Memorandum warf US-Verteidigungsminister Rumsfeld im Oktober letzten Jahres die Frage auf, ob man im Irak „das Richtige“ tue, ob die US-Streitkräfte „gewinnen oder verlieren“.



Die Region droht in Flammen aufzugehen.

Ende Oktober, als er sich öffentlich zu dem Dokument bekannte, kündigte er in diesem Zusammenhang einen „langen, harten Marsch“ an.⁹ Das bedeutet, wie jetzt klar wird, ganz konkret: Die USA ziehen aus den offensichtlich unerwarteten Problemen im Irak die Konsequenz, das Schlachtfeld über den Irak hinaus zu erweitern. Der ganze Nahe und Mittleren Osten soll zum Operationsgebiet werden. Da ihre eigenen Kräfte schon im Irak nicht ausreichen, wollen sie die Nato auf den Plan rufen.

Ihr erstes Ziel dabei ist, die Nato schnell im Irak in Einsatz zu bringen. Bisher sind zwar 18 der 26 Nato-Mitgliedstaaten an der Besetzung des Irak beteiligt. Die Nato selbst leistet jedoch „nur“ logistische Unterstützung für die polnischen Truppen in Irak. Noch in dieser Woche will sich Bush mit dem neuen Nato-Generalsekretär de Hoop Scheffer treffen. Letzterer befürwortet den Nato-Militäreinsatz im Irak und spricht sich ebenfalls ausdrücklich dafür aus, dass sich Frankreich und Deutschland beteiligen. Dafür warb in den vergangenen Tagen erneut auch US-Außenminister Powell. Wie zu befürchten ist, nicht vergeblich. Die Bundesregierung ließ inzwischen durchblicken, einem Nato-Einsatz mit UN-Mandat zustimmen zu wollen. Man wolle, hieß es zunächst, aber keine Bundeswehrsoldaten in den Irak entsenden, dann, allenfalls Sanitätssoldaten, und schließlich, wenn Bundeswehrsoldaten im zukünftigen Nato-Hauptquartier in Irak entsandt würden, dann mit Bundestagsmandat.¹⁰

Gleichzeitig wird vorbereitet, der Nato die Zuständigkeit für alle militärischen Operationen in Afghanistan zu übertragen, also nicht nur wie bisher für die Isaf-Truppen, sondern auch für die Einsätze der dort nach wie vor operierenden US-Einheiten.

Dramatisch gefährlich aber ist vor allem die Absicht, mit der Nato in den israelisch-palästinensischen Konflikt zu intervenieren. Das würde unweigerlich die ganze Region in einen blutigen Krieg hineinreißen und jede Lösung auf lange Zeit hinausschieben. Denn eine Lösung, die nicht beiden Seiten gerecht wird, die – bestenfalls – den Status quo festigt und

damit den Palästinensern keine Entwicklungsperspektive lässt, kann nicht halten, und jeder Versuch, sie durchzusetzen, wird die Spirale der Gewalt anziehen. Erst auf dem Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos hat US-Vizepräsident Cheney der „Genfer Initiative“¹¹ eine Absage erteilt und betont, die USA stünden hinter der israelischen Regierung von Ministerpräsident Sharon.¹² In derselben Rede rief Cheney die Nato-Mitgliedstaaten auf, ihre Truppen zu erhöhen. Kanada und die europäischen Mitglieder hätten zwar 1,4 Millionen Soldaten unter Waffen, jedoch „lediglich“ 55 000 Soldaten in Auslandseinsätzen. Dies sei nicht genug.

Vorentscheidung auf Müncher Nato-Konferenz?

Der *Financial Times* zufolge waren die Reaktionen der EU auf die Anforderungen an die Nato und ihre zukünftigen Einsätze im Nahen und Mittleren Osten verhalten, aber nicht strikt ablehnend. „Von europäischer Seite“, wusste das Blatt zu berichten, wurde „vor einer Überforderung der Allianz gewarnt und von einer ‚noch provisorischen Idee‘ gesprochen.“

Man muss davon ausgehen, dass die politischen und militärischen Führungskräfte auf der 40. Nato-Sicherheitskonferenz Anfang Februar in München den Plan eines Nato-Einsatzraumes „Greater Middle East“ (ftd) von allen Seiten wälzen und Entscheidungen vorbereiten. Die Entscheidung für den Nato-Einsatz in Irak und über ihre zukünftige Rolle im Nahen und Mittleren Osten soll dann auf dem Istanbuler Nato-Gipfel im Mai gefällt werden. scc

- 1 zitiert nach: *Financial Times* Deutschland (ftd), 22.1.
- 2 FAZ, 24.1., S. 2
- 3 ftd, 22.1., USA verlangen Nato-Rolle im Nahen Osten. Außerdem: Die neue Nato
- 4 Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Rumänien
- 5 Wie bedeutsam der Mittelmeerraum als Drehscheibe ist, zeigt die Tatsache, dass 30% aller in See befindlichen Schiffe dieser Welt das Mittelmeer befahren.
- 6 Artikel 5 des Nato-Vertrages regelt die Beistandsverpflichtung.
- 7 Deutsche Welle, 2.12.03
- 8 ftd, 22.1., USA verlangen Nato-Rolle im Nahen Osten
- 9 in: ÖMZ, 1/2004
- 10 Diese verwundene Positionsentwicklung berichtet die ftd am 15.1.04.
- 11 Die „Genfer Initiative“, die von israelischen und palästinensischen Persönlichkeiten am 1.12.03 unterzeichnet wurde, sieht u.a. vor, dass sich Israel auf die Grenzen von 1967 zurückzieht unter Wahrung des Rechts auf beiderseitig vereinbarte Modifikationen, dass die jüdischen Siedler nach Israel zurückgeführt werden, dass ein ständiger Korridor zwischen der Westbank und dem Gazastreifen geöffnet wird, dass Jerusalem neben der Hauptstadt Israels auch die Hauptstadt des Staates Palästina wird und dass für die palästinensischen Flüchtlinge von 1947/48 eine gerechte Regelung gefunden wird.
- 12 Neue Zürcher Zeitung, 24.1.04